



Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände · Postfach 12 03 15 · 10593 Berlin

Je besonders an die  
Ministerpräsidenten der Länder

16.12.2008/Jo/Bes

Bearbeitet von: Kirstin Walsleben, DST

Telefon: +49 30 37711-210

Telefax: +49 30 37711-809

E-Mail: [kirstin.walsleben@staedtetag.de](mailto:kirstin.walsleben@staedtetag.de)

Aktenzeichen: 11.80.25 D

## **Führungs- und Fachkräftemangel in Kommunalverwaltungen Ausbildungssituation an deutschen Universitäten**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

wir möchten Sie auf eine für die deutschen Kommunalverwaltungen problematische Entwicklung aufmerksam machen und Sie dafür gewinnen, gemeinsam dieser Entwicklung entgegen zu wirken.

Die Kommunalverwaltungen in der Bundesrepublik Deutschland gehören zu den Vorreitern der Verwaltungsmodernisierung. Von den rd. 14.000 Gebietskörperschaften befasst sich so gut wie jede intensiv mit der Reform ihrer Verwaltung, bis hin zu neuen Budgetierungsansätzen, Kosten- und Leistungsrechnung und der Einführung eines doppelten Haushaltswesens. Fast jede Kommunalverwaltung optimiert ihre Leistungen für ihre Bürgerinnen und Bürger. Es gibt von daher einen sehr hohen praktischen Bedarf an universitärer Forschung und Qualifizierung auf dem Gebiet „Public Management“. Dieser notwendigen Unterstützung durch die Wissenschaft wurde in den 80er Jahren durch die Einrichtung von Lehrstühlen des Fachs „Public Management“ Rechnung getragen.

Diese positive Entwicklung hat sich zwischenzeitlich bedauerlicherweise in ihr Gegenteil verkehrt. In den vergangenen 10 Jahren erfolgte ein Abbau der verwaltungswissenschaftlichen Lehrstühle an deutschen Universitäten. Waren es in den 80er Jahren noch elf Lehrstühle so existieren heute nur noch zwei (Speyer und Potsdam). Die zuvor an den Lehrstühlen erfolgte Ausbildung wurde teilweise in die Fachhochschulen verlagert; in einzelnen Bundesländern wurde die Ausbildung an den internen Fachhochschulen eingestellt. Stattdessen entstanden verwaltungswissenschaftliche Lehrstühle an privaten Universitäten, so z. B. an der Hertie-School in Berlin, sowie von privater Seite finanzierte Lehrstühle.

Hintergrund ist, dass sich an den Universitäten immer stärker die Auffassung durchsetzte, dass sich die Steuerung öffentlicher Einrichtungen nicht grundsätzlich von der privater Betriebe unterscheidet. Für den Einsatz im öffentlichen Bereich werden die für den privatwirtschaftlichen Sektor ausgebildeten Absolventen für hinreichend qualifiziert gehalten. Als

Konsequenz war damit die rigorose Umwidmung der 20 Jahre zuvor eingerichteten Lehrstühle verbunden. Dies führte u. a. dazu, dass die derzeitige verwaltungswissenschaftliche Fachdiskussion in erheblichem Maße durch Vertreter der allgemeinen Betriebswirtschaftslehre und besonders durch Unternehmensberater geprägt ist. Der Lehrstuhl an der Hertie-School in Berlin wird bspw. durch die Firma KPMG finanziert. Es steht zu befürchten, dass die notwendige Auseinandersetzung um die Weiterentwicklung der öffentlichen Verwaltung langfristig von privaten Unternehmensberatungen dominiert wird.

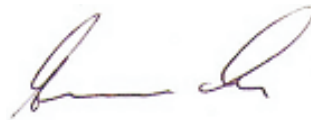
Zukunftsfähige Kommunalverwaltungen sind darauf angewiesen, sich ständig weiter zu entwickeln. Die Kommunen benötigen dazu die wissenschaftliche Expertise und Beratung durch dafür qualifizierte Hochschullehrer. Und sie benötigen Mitarbeiter v. a. im höheren Dienst, die eine spezialisierte Public Management-Ausbildung vorweisen können.

Beides setzt voraus, dass universitäre Lehr- und Forschungseinrichtungen für Verwaltungswissenschaften in einem bedarfsdeckenden Umfang wieder neu eingerichtet werden. Wir bitten Sie herzlich, sich in Ihrer Verantwortung dafür einzusetzen, dass diese Trendumkehr bundesweit erreicht werden kann.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Stephan Articus  
Geschäftsführendes Präsidialmitglied  
des Deutschen Städtetages



Prof. Dr. Hans-Günter Henneke  
Geschäftsführendes Präsidialmitglied  
des Deutschen Landkreistages



Dr. Gerd Landsberg  
Geschäftsführendes Präsidialmitglied  
des Deutschen Städte- und Gemeindebundes



Rainer Christian Beutel  
Vorstand der Kommunalen Gemeinschaftsstelle  
für Verwaltungsmanagement